

SIEMENS

Mehr Geld für Cromme

Der Führung des Münchner Siemens-Konzerns droht bei der bevorstehenden Hauptversammlung am 27. Januar eine unangenehme Diskussion über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat. Vertreter von mehreren tausend Belegschaftsaktionären fordern in einem Gegenantrag, die geplante Anhebung der Kontrollursbezüge um teilweise mehr als hundert Prozent abzulehnen. Allein Chefaufseher Gerhard Cromme, rügt der Interessenverband der Kleinaktionäre, hätte nach dem neuen, für Außenstehende nur schwer nachvollziehbaren Modell beispielsweise für 2008 statt gut 300 000 Euro fast 800 000 Euro erhalten. Der Vorschlag zeige angesichts der weltweiten Finanzkrise „ein erstaunliches Maß von Insensibilität“, rügen die internen Opponenten. Ein Konzernsprecher bezeichnet den errechneten Betrag für 2008 als viel zu hoch, räumt aber ein, dass Cromme diese Größenordnung 2009 durchaus erreichen kann, wenn die angepeilten Gewinnziele erreicht werden. Die Anhebung sei gerechtfertigt, da die Arbeitsbelastung insbesondere in den Ausschüssen des Kontrollgremiums erheblich gestiegen sei. Heftige Kritik üben die Belegschaftsaktionäre auch am Salär von Siemens-Chef Peter Löscher. Der gebürtige Österreicher zählte im vergangenen Geschäftsjahr mit einem Einkommen von fast zehn Millionen Euro zu den Spitzenverdienern in der deutschen Industrie. Nach einem Vorschlag der Aktionärsvertreter sollen ab 2010 die Teilnehmer der Hauptversammlung über die Vorstandsbezüge entscheiden – und derart üppige Managergehälter künftig verhindern.



Löscher, Cromme

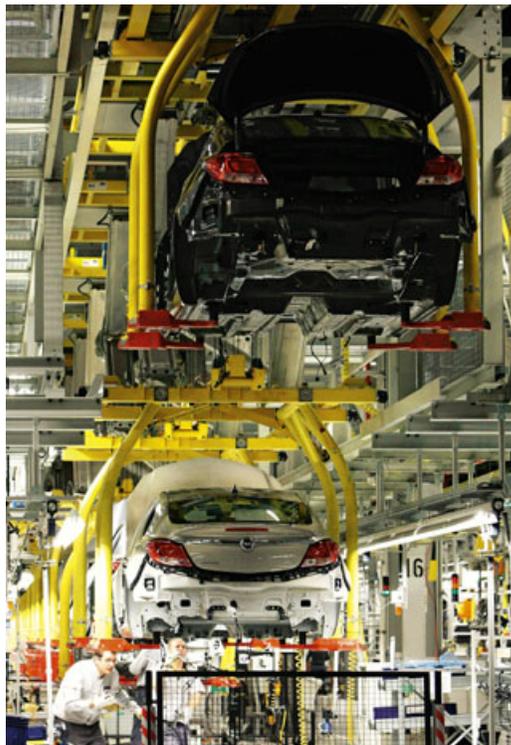
MATTHIAS SCHRÄDER / AP

KURZARBEIT

Kosten explodieren

Nun bekommt auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Folgen der Rezession zu spüren – über massiv erhöhte Ausgaben beim Kurzarbeitergeld. Zwischen Januar und November 2008 beliefen sich die Aufwendungen der Behörde für die Absicherung von konjunkturbedingten Arbeitsausfällen auf rund 90 Millionen Euro. Damit lagen sie bereits rund zwölf Prozent höher als im gesamten Jahr 2007. Doch allein durch die Anträge, die für den vergangenen Dezember von zahlreichen Unternehmen, darunter auch von der General-Motors-Tochter Opel, gestellt wurden, könnten die Kosten 2008 bereits auf mehr als 170 Millionen Euro steigen – und 2009 geradezu explodieren. Wie rapide sich die Wirtschaftsaussichten der deutschen Industrie verschlechterten, lässt sich auch an anderen Zahlen der Bundesagentur ablesen: Im Dezember 2007 waren lediglich 9152 Mitarbeiter in rund 860 Betrieben von Kurzarbeit betroffen. Ein Jahr später lagen den Experten der Bundesagentur bereits knapp 300 000 Anzeigen für Kurzarbeiter

in mehr als 6000 Firmen vor. Die BA zahlt in solchen Fällen seit Anfang des Jahres maximal 18 Monate lang bis zu 67 Prozent der Lohneinbußen sowie Teile der Sozialversicherungsbeiträge.



Opel-Montage (in Rüsselsheim)

DANIEL ROLAND / AP

KFW

Staatssekretär wird Staatsbanker

Erneut möchte die Bundesregierung einen hohen Ministerialbeamten in die Führungsspitze der staatlichen KfW-Bankengruppe entsenden. Neuer Vorstand mit der Zuständigkeit für das Fördergeschäft soll Axel Nawrath werden, bislang Steuerstaatssekretär im Bundesfinanzministerium. Die Personalie will das Kabinett am Mittwoch beschließen. Nawrath nimmt seine neue Tätigkeit in Frankfurt am Main am 1. April auf. Sein Posten im Ministerium wird bis zur Bundestagswahl nicht neu besetzt, seine Aufgaben übernehmen die beiden verbleibenden beamteten Staatssekretäre. Die Entscheidung für Nawrath ist nicht unproblematisch, weil der krisengeschüttelten Bank während der Turbulenzen der Finanzmarktkrise ein Mangel an fachlicher Expertise vorgeworfen wurde. Kritiker monierten insbesondere, dass vor allem im Vorstand zu wenig ausgebildete Banker wirkten. Die ehemalige KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier, vorher lange Jahre Politikerin, musste deshalb im Sommer ihren Posten räumen. Nawrath verdient in dem neuen Job rund 400 000 Euro, etwa dreimal so viel wie bislang.